



## CSU Staatsregierung legt Sozialhaushalt ohne Konzept und mit mehr und mehr neoliberalen Zügen vor

Rede des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Jochen Wahnschaffe in der Plenardebatte zum Sozialhaushalt (Einzelplan 10) 2007/2008

14.12.2006

Der Herr Landtagspräsident hat in seiner Weihnachtsansprache am Dienstag zu recht darauf hingewiesen, dass sich die soziale Spaltung auch in unserem Land vertieft.

**Materielle Armut von Kindern und Familien, mangelnde Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Defizite bei der Gesundheitsversorgung und das Wegbrechen sozialer Strukturen, gelten heute – wie Heribert Prantl vor einiger Zeit in der Süddeutschen Zeitung schrieb – „nicht mehr als Ausfluss einer göttlichen Weltordnung, sondern als massives gesellschaftliches Problem.“**

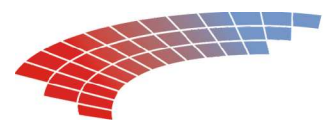
Doch was tut die Staatsregierung: Sie tut so, als gäbe es dieses Problem nicht. Sie betreibt stattdessen Kulissenschieberei zu dem immer gleichen Stück: Bayern ist ein schönes Land und schuld daran ist allein die CSU.

Damit werden Sie aber der verfassungsrechtlichen Verpflichtung eines Sozialstaates Bayern nicht gerecht. Nach den brutalen Kürzungen des Nachtragshaushalts 2004 bleiben die Haushaltsansätze für 2007 und 2008 im Wesentlichen auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre.

Das Bild, das Kollege Maget am Dienstag von den ausgeraubten Sozialdienstleistern gezeichnet hat, die froh sind, nicht noch ein zweites Mal ausgeraubt worden zu sein, trifft die Stimmung ziemlich genau.

Dass Sie die Wohlfahrtsverbände ruhig gestellt hätten, wie die Süddeutsche Zeitung vermutet und damit ihre Stellung im Kabinett gestärkt sei, ist ein Umstand, Frau Staatsministerin Stewens, der, wenn er denn zutrifft, Sie nicht stolz machen kann.

Einen neuen Dreiklang: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze hat der Ministerpräsident angekündigt. Davon findet sich im Haushalt wenig. Darum hat er wohl auch den Zusatz 2020 angeführt.



Bayern

SPD

Seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Stoiber seien eine Million Menschen nach Bayern gekommen, hat der Fraktionsvorsitzende der CSU, Herr Hermann, vorgestern hier verkündet. Was wollte er uns damit sagen? Sind die Menschen wegen Stoiber nach Bayern gekommen? Das ist genauso unsinnig wie wenn ich behaupten wollte, Stoiber ist daran schuld, dass die Geburtenrate seit seinem Amtsantritt von 134.000 auf 107.000 gefallen ist. Das ist die niedrigste seit 1979.

Aber es ist ein Indiz dafür, dass Bayern kein kinderfreundliches Land ist und erst recht nicht das Familienland Nr. 1, zu dem es Ministerpräsident Stoiber in seiner Regierungserklärung 2003 machen wollte. Laut Süddeutscher Zeitung vom 05.12.2006, erhofft sich die Staatsregierung vom Landeserziehungsgeld und dem Ausbau der Kinderbetreuung eine Trendwende. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

Noch immer ist Bayern eines der Länder mit den schlechtesten Versorgungsangeboten für Kinder unter drei Jahren und im Hortbereich. Der Bericht der Bundesregierung zur Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahre weist für Bayern eine Quote für die Inanspruchnahme von 5,3 Prozent aus. Sie selbst behaupten eine Bedarfsdeckungsquote von 7,0 Prozent wahrlich kein Ruhmesblatt. Das neue Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) hat wegen der schlechten Rahmenbedingungen keinen Durchbruch für eine bessere vorschulische Bildung unserer Kinder gebracht.

In mancherlei Hinsicht bedeutet es sogar einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Förderung. Zwar sind für die Kindertagesbetreuung insgesamt 15 Mio. für 2007 und 20 Mio. für 2008 mehr vorgesehen. Das bedeutet aber kaum eine verbesserte Förderung pro Kind.

Vielmehr wird das Geld überwiegend gebraucht, um die nunmehr in die Förderung einbezogenen Kinderkrippen und kommunalen Horte zu finanzieren.

Stellvertretend für die Auswirkungen der verfehlten Kopfpauschalenerfinanzierung des BayKiBiG darf ich aus einem Artikel des „Traunreuther Anzeigers“ zitieren: „Pittenhart: Kindergarten bittet um Hilfe: „Wünsche schicken wir wie Sterne“, mit diesem Lied begrüßten die Kindergartenkinder Weihbischof Dr. Franz Dietl, der im Rahmen seiner Visitation im Pfarrverband den Kindergarten St. Aloisius in Pittenhart besuchte.“

Dessen Leiterin Maria Eder nutzte die Gelegenheit, den Bischof auf die nicht ganz leichte Situation des Kindergartens aufmerksam zu machen. Denn mit dem neuen Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz seien drastische Verschlechterungen für die Kindergärten im Pfarrverband Obing eingetreten. Durch die Reduzierung der Wochenarbeitszeiten für das Personal und geplante weitere Kürzungen könne kaum noch Teamarbeit stattfinden.

Es fehlt die nötige Vorbereitungszeit und die Eltern seien zum Teil aufgebracht, weil sie trotz gestiegener Beiträge weniger Qualität bekommen würden. Auch beim Personal herrsche große Unsicherheit und Angst den ständig wachsenden Anforderungen gerecht zu werden.“

Sie haben leider die Chance verpasst, bei der Bildung und Betreuung einen echten Paradigmenwechsel vorzunehmen.

**Wir haben vorgeschlagen, diese Mittel deutlich zu erhöhen und das letzte Kindergartenjahr für die Eltern beitragsfrei zu stellen.** Frau Staatsminister Stewens hat dies als ein "wichtiges familienpolitisches Signal" bezeichnet. Allerdings bezog sich diese Äußerung auf die Ankündigung der Stadt Ansbach, das letzte Kindergartenjahr mit kommunalen Mitteln für Eltern kostenfrei zu stellen.

Wir sind der Auffassung, dass Bildung eine staatliche Aufgabe ist und frühkindliche Bildung stärker gefördert werden muss. Dieser Auffassung haben sich auch Herr Faltlhauser, Herr Söder und Frau von der Leyen angeschlossen. Ich bin überzeugt, dass auch die CSU dazulernen wird. Die Erhöhung der Fördermittel für die Kinderbetreuung und für das Landeserziehungsgeld bedeutet keinen echten Zuwachs im Sozialhaushalt.

Vielmehr nehmen Sie das Geld denen, die sich am wenigsten wehren können: Den Pflegebedürftigen und den Menschen mit Behinderung

Beim Landesplan für Altenhilfe sparen Sie knapp 30 Mio. und beim Landesplan für Behinderte rund 41 Mio. Euro ein. Es ist ein unseriöses Spiel, Eltern von Kindern gegen Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung auszuspielen!

Im vergangenen Monat haben Sie mit der Einstellung der Investitionsförderung für Einrichtungen der stationären Altenhilfe eine verhängnisvolle Fehlentscheidung getroffen. Angesichts der demographischen Entwicklung brauchen wir flächendeckende ambulante und stationäre Angebote. Die Staatsregierung kann sich nicht dem bundesgesetzlich übertragenen Sicherstellungsauftrag entziehen

Mit ihrem Angriff auf die Fachkraftquote haben Sie kein gutes Signal für ein künftiges bayerisches Heimgesetz gegeben. Die neue Zuständigkeit des Freistaates Bayern für das Heimrecht darf nicht zu einer Absenkung der Pflegequalität führen. Die gesetzlichen Änderungen zur Pflege, zur Krankenhausfinanzierung und zur Forensik machen deutlich, dass sich die Staatsregierung mehr und mehr aus Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge zurückzieht.

Dies halten wir für falsch, weil so wichtige Fragen wie die stationäre medizinische und pflegerische Versorgung nicht dem Markt überlassen werden. Dies geht an den Nerv des Sozialstaats.

Der Sozialhaushalt trägt mehr und mehr neoliberale Züge. Wie wenig Nachhaltigkeit zu den Merkmalen Ihrer Sozialpolitik zählt, zeigt das Beispiel Sozial- oder Armutsbericht.

Noch Anfang dieses Jahres haben Sie auf schriftliche Anfrage der Kollegin Christa Steiger erklärt, die Staatsregierung plane aktuell keine Erstellung oder Fortschreibung eines Berichts zur sozialen Lage in Bayern, weil dies „keinen entscheidenden Mehrgewinn an Informationen“ bringe.

Erst auf Druck des Forums Soziales Bayern haben Sie nun 210.000 Euro „zur Entwicklung gemeinsamer transparenter Strukturen für eine vergleichbare Armuts- und Reichtumsberichterstellung!“ in den Haushalt eingestellt. Das ist noch lange kein Sozialbericht. Das ist nicht Fisch nicht Fleisch.

Nicht besser sieht es bei der Insolvenzberatung aus. So berichtet die Caritas im November 2006

Zitat: „In Bayern rutschen immer mehr junge Familien mit Kindern in die Verbraucherinsolvenz ab. Die Gesamtzahl der Insolvenzen ist im ersten Halbjahr 2006 um 47 Prozent gestiegen.

Diese voraussehbare Entwicklung hat im Haushaltsansatz keine Berücksichtigung gefunden. Erst nach den Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss am 15.11.2006 haben Sie in einem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion die Notbremse gezogen und die Förderung leicht erhöht. Damit haben Sie der Insolvenzberatung zwar einen Strohhalm zugeworfen ,

aber nichts dafür getan, dass diese ihre wichtige Aufgabe erfolgreich erfüllen kann. Auf das Durcheinander im Gesetzgebungsverfahren für das Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch kann ich hier aus Zeitgründen nicht eingehen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Rauchverbot sagen. Wir fordern die Staatsregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der ein vollständiges Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen, einschließlich Gaststätten enthält. Wie man hört, soll der Nichtraucherschutz von Niedersachsen koordiniert werden. Ich hoffe, dass dies nicht nur zu einem Minimalkonsens führt. Dies ist aus Gründen der gesundheitlichen Prävention dringend geboten. Das was Italien, Irland und die USA geschafft haben, müsste auch in Bayern möglich sein.

Wir lehnen den Haushalt ab, weil er den sozialpolitischen Erfordernissen unseres Landes nicht entspricht.